

April 2020

Länderbericht

Auslandsbüro USA, Washington D.C.

Countdown mit Corona

Das US-Wahlsystem, die Corona-Krise und ihre Folgen gut sechs Monate vor der Präsidentschaftswahl

Paul Linnarz

Das Coronavirus hat die Vereinigten Staaten in eine beispiellose Zwillingskrise gestürzt. Die US-Regierung und die Bundesstaaten müssen mit Hochdruck die Pandemie bekämpfen und gleichzeitig die Wirtschaft retten. Seit Mitte März haben sich bereits mehr Menschen arbeitslos gemeldet als jemals zuvor in so kurzer Zeit. Um zu verstehen, wo angesichts dieser Herausforderungen im Wahlkampf die politischen Schlachtfelder liegen, lohnt ein Blick auf das Wahlsystem der USA.

Zusammenfassung:

- Für den Wahlsieg ist in den USA nicht die Gesamtzahl der Stimmen für den jeweiligen Kandidaten ausschlaggebend, sondern die Mehrheit im Wahlleutegremium. Dort hängt das Ergebnis entscheidend vom Erfolg in einigen wenigen US-Bundesstaaten ab. Auf diese „Swing States“ konzentriert sich der Wahlkampf.
- Zu diesen besonders heiß umkämpften Swing States zählen seit 2016 Bundesstaaten wie Michigan, Wisconsin, Arizona und Minnesota, die über Jahrzehnte hinweg fest entweder in republikanischer oder demokratischer Hand lagen und deshalb in früheren Wahlkämpfen selten eine Rolle spielten.
- Die Zahl der Bundesstaaten, in denen sich die Republikaner 2016 nur mit überaus knappen Mehrheiten von jeweils unter 4 Prozent durchsetzen konnten, ist nicht nur größer als bei den Demokraten; für das Stimmenverhältnis im Wahlleutegremium wiegen diese Staaten in der Summe auch deutlich schwerer.
- In einigen der heiß umkämpften Bundesstaaten liegt der prozentuale Anstieg der Corona-Neuinfektionen derzeit über den Zuwachsraten von New York oder Kalifornien. Auch die Arbeitslosigkeit nimmt dort erheblich zu.
- Für eine Rückkehr zur Normalität ist entscheidend, wie schnell die Vorsichtsmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Krise schrittweise aufgehoben werden können. Terminempfehlungen aus medizinischer Sicht verlangen für mehrere republikanische Bundesstaaten momentan einen längeren Atem.

Sie kennen den bösen Spruch vielleicht: „Die Hälfte aller Volkswirte ist nicht in der Lage, die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorherzusagen. Und die andere Hälfte weiß nicht, dass sie die Zukunft nicht vorhersagen kann.“ Ähnlich werden in den USA seit einigen Jahren auch politische Analysten beurteilt. Jedenfalls lagen die meisten Beobachter mit ihrem Ausblick auf das Ergebnis der Präsidentschaftswahl 2016 falsch, um dann am Tag danach gleich ausführlich zu erläutern, warum Donald Trump aus der Abstimmung geradezu zwingend als Sieger hervorgehen musste. Absehbar werden die Prognosen auch vor der Präsidentschaftswahl in diesem Jahr wieder ins Kraut schießen. Und um das gleich vorwegzunehmen: Wer hofft, aus diesem Bericht zu erfahren, welcher Kandidat im November die Wahl für sich entscheiden kann, wird enttäuscht!

Gut sechs Monate vor dem Urnengang lassen sich aber einige Eckwerte und politische Gefechtslinien skizzieren. Die Eckwerte leiten sich vom Wahlsystem in den Vereinigten Staaten ab; die Gefechtslinien von der Corona-Krise und ihren Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung. Damit ist zwar nicht der Wahlausgang vorherbestimmt; beide Aspekte liefern aber Anhaltspunkte dafür, welche politischen Schlachten und Schlachtfelder bis zum Wahltag „kriegsentscheidend“ sein können. Und sie zeigen auch auf, welche Fragen und Beobachtungen im weiteren Verlauf des aufgrund der Corona-Krise natürlich völlig untypischen Wahlkampfs entweder nur mittelbar Einfluss haben dürften oder erst im Nachhinein und im historischen Vergleich mögliche Erklärungsmuster für das Abstimmungsergebnis liefern können. Obwohl überaus reichweitenstark und zahlreich, zählen zu den aussageschwächeren Beobachtungen die landesweiten Umfragen über die Popularität des US-Präsidenten und seines Widersachers. Dazu später mehr.

Gleichzeitig kann die Gegenüberstellung von Wahlsystem, Wirtschaft und Beschäftigung nicht mehr liefern als eine Momentaufnahme. Und sie beschäftigt sich mit Korrelationen, nicht mit Kausalitäten. Auch das ist wichtig. Wie gesagt, wer weiß schon, wie sich die Corona-Krise in den nächsten Monaten entwickeln wird? Trotzdem ist die Pandemie in diesem Jahr natürlich der „game changer“. 2016 fand die Präsidentschaftswahl während einer Phase statt, in der die Vereinigten Staaten im Begriff waren, sich von den ökonomischen Folgen der globalen Finanzkrise mühsam zu erholen; Wirtschaft und Beschäftigung lagen im Aufwind. Jetzt ist es so, dass sich binnen weniger Wochen weit über 20 Millionen US-Amerikaner neu arbeitslos melden mussten. Das hat es in diesem erschreckenden Ausmaß noch nie gegeben. Auch die USA kämpfen heute mithin gegen eine beispiellose Zwillingskrise („twin crises“). Während sie einerseits das Virus eindämmen und die medizinische Versorgung sicherstellen müssen, sind sie auf der anderen Seite gezwungen, die ökonomischen Verwerfungen so zu bewältigen, dass die betroffenen Bevölkerungsteile nicht in Armut versinken. Die Präsidentschaftswahl 2020 wird insofern, genau besehen, nicht über die Corona-Pandemie ausgefochten, sondern darüber, welchem Kandidaten eher zugetraut wird, die Folgen der Krise für den Einzelnen in den Griff zu bekommen.

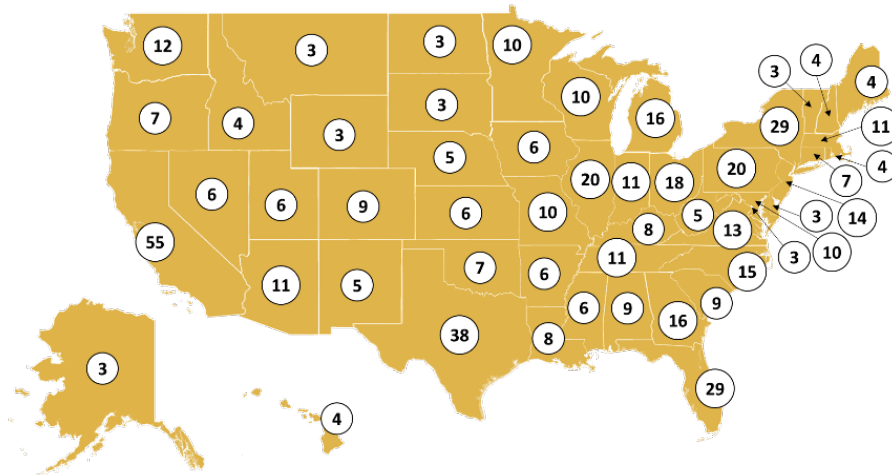
Das Electoral College als „Zünglein an der Waage“

Das deutsche und das US-amerikanische Wahlsystem unterscheiden sich in vielen Punkten. Sicherlich ließe sich eine ganze Reihe an Aspekten näher betrachten, von denen die Präsidentschaftswahl im November unter Umständen beeinflusst wird. Beispielsweise haben die Versammlungsverbote und Distanzaufgaben zur Eindämmung der Corona-Krise in den USA erneut die Diskussion über die Briefwahl belebt. Dafür existieren in vielen US-Bundesstaaten unterschiedliche Bestimmungen. Das Thema kann hier jedoch allenfalls gestreift werden. Stattdessen soll im Mittelpunkt stehen, dass der US-Präsident nicht vom Volk direkt gewählt, sondern nach dem eigentlichen Urnengang von einem Wahlleutegremium („Electoral College“) bestimmt wird.

In diesem Gremium sitzen Vertreter aus allen US-Bundesstaaten und aus dem District of Columbia (Washington D.C.). Die Zahl der Wahlleute („Electors“) entspricht jeweils nur sehr grob der Bevölkerungsverteilung in den USA. Vielmehr richtet sie sich nach der Zahl der Abgeordneten jedes Bundesstaats im US-Repräsentantenhaus. Dazu kommen noch zwei Wahlleute für die beiden Senatoren jedes Bundesstaats. Wie viele Abgeordnete pro Bundesstaat wiederum im US-Repräsentantenhaus sitzen, wird alle zehn Jahre per Volkszählung ermittelt. Derzeit findet erneut eine Volkszählung statt. Deren Ergebnisse werden die anteilige Zusammensetzung des Repräsentantenhauses und des Wahlleutegremiums in diesem Jahr aber noch nicht beeinflussen. Der District of Columbia ist zwar kein Bundesstaat, entsendet aber drei Wahlleute in das Gremium. Im weiteren Verlauf wird D.C. deshalb hier berücksichtigt.

Wie die Bundesstaaten jeweils ihre Wahlleute bestimmen, unterscheidet sich ebenfalls. Bis auf Nebraska und Maine gilt einheitlich aber das „Winner takes all“-Prinzip. Das heißt, die Partei, die in dem Bundesstaat die einfache Mehrheit erreicht, entsendet für diesen Staat sämtliche Wahlleute. Insgesamt zählt das Electoral College nach diesen Vorgaben 538 Mitglieder. Abbildung 1 zeigt, wie sich die Gesamtzahl auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt.

Abb. 1: Zahl der Wahlleute im Electoral College nach Bundesstaaten



Das Wahlsystem und die Zusammensetzung des Wahlleutegremiums erklären, warum ein Kandidat in den USA selbst dann Präsident werden kann, wenn er oder sie weniger Wählerstimmen („popular vote“) bekommen hat als der Mitbewerber. So konnte Hillary Clinton 2016 gut 2,8 Millionen Stimmen mehr erzielen als Donald Trump. Entscheidend war hingegen die Abstimmung im Wahlleutegremium. Dort konnte sich Trump mit einem soliden Vorsprung von 74 Stimmen gegen Clinton durchsetzen. Das hat ihn ins Amt gehievt.

Zwar sind die von den Bundesstaaten in das Wahlleutegremium entsandten Mitglieder nach der Verfassung nicht verpflichtet, für den Kandidaten ihrer Partei zu stimmen. Abweichler („faithless electors“) sind in der Vergangenheit aber die Ausnahme gewesen.

Für die Mehrheit im Wahlleutegremium sind mindestens 270 Stimmen erforderlich. Wer diese Zahl erreicht, wird Präsident. Welche Regeln und Verfahren greifen, wenn beide Kandidaten im Wahlleutegremium auf die gleiche Zahl an Stimmen kommen, bleibt hier zur Vereinfachung ausgeklammert. Wichtig ist hingegen, dass die Parteien beider Kandidaten nicht nur in möglichst vielen, sondern auch in den „richtigen“ Bundesstaaten mit einer ausreichenden Zahl an Wahlleuten gewinnen müssen, um mindestens 270 Stimmen erreichen zu können. Donald Trump lag 2016 mit 304 Stimmen (zählt man die beiden republikanischen Abweichler hinzu, mit 306 Stimmen) komfortabel über diesem Wert. Längst nicht alle US-Bundesstaaten sind bei der Präsidentschaftswahl aber gleichermaßen umkämpft.

Die „Schlachtfelder“: Battleground, Toss-Up- oder Swing States

Zwischen 1996 und 2012, bei fünf aufeinander folgenden Präsidentschaftswahlen, haben 37 von 50 Bundesstaaten mehrheitlich durchgängig für dieselbe Partei gestimmt; alles Staaten also, die für die eine oder die andere Partei im Wahlkampf jeweils als „sichere Bank“ gelten durften. Für die Demokraten waren das 18 Bundesstaaten im Norden der USA. Sie lagen, wie es hieß, hinter einer „blauen Mauer“; Blau ist die Farbe der demokratischen Partei. Von den restlichen Staaten wurden acht bis zehn traditionell als Battleground, Toss-Up- („Münzwurf“) oder Swing States bezeichnet; als Staaten also, in denen die Mehrheit keines-

wegs gesichert war und das Ergebnis überaus knapp ausfallen konnte. Zu diesen Swing States zählten, ebenfalls nahezu durchgängig, Ohio, Virginia, Colorado, Florida, Nevada, New Hampshire und North Carolina. Insofern waren diese Staaten im Wahlkampf natürlich besonders hart umkämpft. Über Sieg oder Niederlage entschieden Ergebnisse im einstelligen Bereich. Mit Abstrichen galt dies über Jahre hinweg auch für Pennsylvania und Iowa. Mit Donald Trump hat sich die traditionelle „politische Ordnung“ im US-Wahlkampf dann jedoch gründlich geändert.

Ohio und Virginia werden seit 2016 eigentlich kaum noch als Swing States gewertet. Auch Colorado und Iowa gelten inzwischen als Staaten mit einigermaßen stabilen Mehrheiten. An ihre Stelle treten Michigan, (verstärkt) Pennsylvania und Wisconsin als die unsicheren Kantonten. Selbst Arizona, Minnesota, Georgia und (seit den Zwischenwahlen 2018) sogar Texas – alles Staaten, die der Wahlkampftross über viele Jahre hinweg getrost entweder links oder rechts liegen lassen konnte, weil dort sowieso klar war, wie die Menschen wählen würden – finden inzwischen die verschärfte Aufmerksamkeit nervöser Parteistrategen.

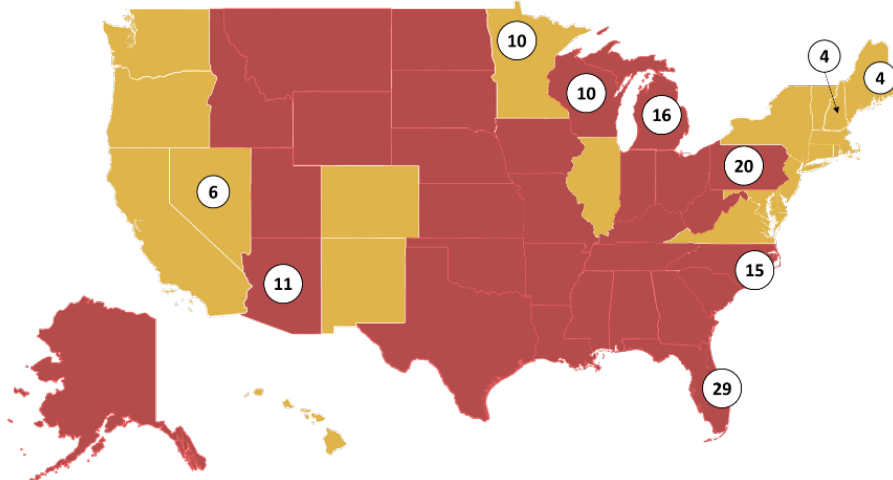
So hatte 2016 niemand damit gerechnet, dass Donald Trump die „blaue Mauer“ durchbrechen und Michigan, Pennsylvania und Wisconsin gewinnen würde. Bis dahin hatten die drei Bundesstaaten über drei Jahrzehnte hinweg keinen einzigen republikanischen Präsidentschaftskandidaten unterstützt. Minnesota blieb zwar in demokratischer Hand, aber nur mit äußerst knapper Mehrheit. Zwar macht die Corona-Krise momentan jede noch so kleine Wahlkampfveranstaltung zunichte; in Minnesota werden sowohl die Demokraten als auch die Republikaner in diesem Jahr aber alles geben, um den Stimmenvorsprung entweder zu verteidigen oder ins eigene Lager zu ziehen.

Würde der Wahlkampf unter normalen Vorzeichen stattfinden, müsste an dieser Stelle, so wie 2018 bei den Zwischenwahlen („Midterms“), analysiert werden, ob die Wählermilieus vor allem in den Vorstädten der großen Metropolen, der demographische Wandel, die Zustimmungswerte unter weißen und nicht-weißen Wählern mit und ohne Universitätsabschluss sowie die Zahl an jungen Menschen, die sich 2020 als Wähler haben registrieren lassen, für die Veränderungen der politischen Landkarte in den USA die entscheidenden Einflussfaktoren sind. Das muss jedoch zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Denn dieser Bericht will sich ja auf das Wahlsystem und die Auswirkungen der Corona-Krise auf Wirtschaft und Beschäftigung konzentrieren. Dafür liefern die aktuellen Battleground States wichtige Bezugspunkte.

Abbildung 2 zeigt, welche US-Bundesstaaten die republikanische Partei 2016 für sich entscheiden konnte. Sie sind rot markiert. Für die zehn Bundesstaaten, in denen sich entweder die Demokraten oder die Republikaner nur mit sehr knapper Mehrheit durchsetzen konnten, ist erneut die jeweilige Zahl an Mitgliedern im Wahlleutegremium abgebildet. Hier wird die Auswahl auf diejenigen Bundesstaaten reduziert, in denen der Stimmenvorsprung 2016 jeweils weniger als vier Prozent betrug. Für die Demokraten waren das Maine (4 Wahlleute / 2,9 % Stimmenvorsprung), Nevada (6 / 1,5 %), Minnesota (10 / 1,5 %) sowie New Hampshire (4 / 0,4 %). Die Republikaner konnten sich wiederum knapp in Michigan (16 / 0,2 %), Pennsylvania (20 / 0,7 %), Wisconsin (10 / 0,7 %), Florida (29 / 1,2 %), Arizona (11 / 3,5 %) und North Carolina (15 / 3,6 %) durchsetzen.

Würden die Demokraten im November ihren knappen Vorsprung in Maine, Nevada, Minnesota und New Hampshire verlieren, kostete sie das insgesamt 24 Stimmen im Wahlleutegremium. Würden die Republikaner in Michigan, Pennsylvania, Wisconsin, Florida, Arizona und North Carolina verlieren, kostete sie das insgesamt 101 Stimmen im Electoral College. Wie bereits erwähnt, kam Donald Trump (inklusive der beiden Abweichler) bei der letzten Präsidentschaftswahl auf 306 Wahlleute, 36 mehr als für den Sieg erforderlich.

Abb. 2: Bundesstaaten mit besonders knappem Wahlergebnis 2016



Würden die Mehrheitsverhältnisse in allen Bundesstaaten mit einem vergleichsweise größeren Stimmenvorsprung von über 4 Prozent in diesem Jahr für beide Parteien unverändert bleiben, die Republikaner von ihren (neuen) Swing States mit knappen Mehrheiten aber Michigan (-16), Pennsylvania (-20) und Wisconsin (-10) an die Demokraten verlieren, hätte Donald Trump die für eine zweite Amtsperiode im Wahlleutegremium erforderlichen 270 Stimmen verfehlt. Selbst wenn die Republikaner zum Beispiel das heiß umkämpfte Minnesota (+10) gewinnen, dafür aber Florida (-29), Arizona (-11) und North Carolina (-15) verlören, würde der US-Präsident im Wahlleutegremium per Saldo 45 Stimmen einbüßen und damit ebenfalls die erforderlichen 270 Stimmen verfehlen.

Wie gesagt, alle genannten Bundesstaaten verzeichneten 2016 einen extrem knappen Stimmenvorsprung von weniger als vier Prozent. Auch wenn diese Swing States nur einen Teil der US-amerikanischen Bevölkerung beheimaten, werden sie im Wahlkampf deshalb die besonders heiß umkämpften politischen Schlachtfelder sein. Die Rechenbeispiele über die möglichen Gewinne und Verluste an Wahlleuten markieren den Stellenwert der Auseinandersetzung. Landesweite Umfragen, bei denen auch in Bundesstaaten, die wegen stabiler Mehrheiten deutlich weniger „kriegsentscheidend“ sein dürften, die Zustimmungswerte für den US-Präsidenten oder seinen Widersacher abgefragt werden, zeichnen insofern nur ein unscharfes Bild. Wie aber sind diese Battleground States jetzt von den Auswirkungen der Corona-Krise auf Wirtschaft und Beschäftigung betroffen?

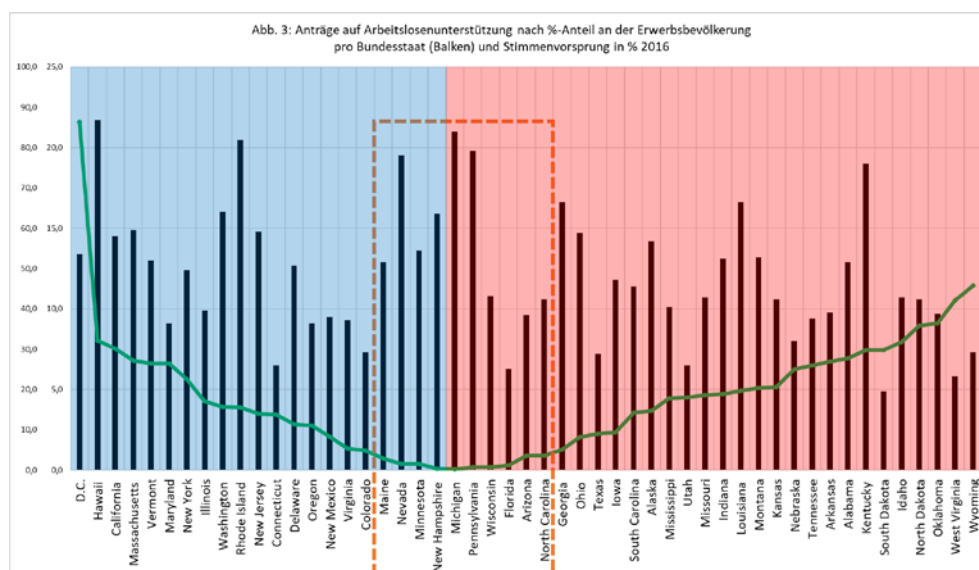
Arbeitslosigkeit und Stimmenvorsprung

Unter Umständen ist eine Schwachstelle dieser Betrachtung, dass die Swing States sehr stark auf diejenigen Bundesstaaten mit einem überaus niedrigen Stimmenabstand von weniger als vier Prozent reduziert werden. Georgia und Ohio fallen damit ebenso raus wie Virginia und New Mexico. In Georgia und Ohio konnten sich die Republikaner 2016 mit einem Abstand von 5,1 beziehungsweise 8,1 Prozent durchsetzen; in Virginia und New Mexico lagen die Demokraten mit 5,3 beziehungsweise 8,3 Prozent vorne. In Texas und Iowa betrug der Stimmenvorsprung – in dem Fall für die Republikaner – ebenfalls unter 10 Prozent. Im diesjährigen Wahlkampf können beispielsweise Ohio, Virginia und Iowa insofern durchaus noch in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung rücken. Auch ohne hier ausführlicher berücksichtigt zu werden, lassen sich die Arithmetik des US-Wahlsystems und die im weiteren Verlauf skizzierten Folgen der Corona-Krise für Wirtschaft und Beschäftigung auf diese Staaten grundsätzlich aber natürlich übertragen.

Auch aufgrund des Wahlsystems haben amtierende Präsidenten in den USA sehr gute Chancen auf eine zweite Amtsperiode. Nur zwei haben in den vergangenen Jahrzehnten die Wiederwahl verpasst: George H. W. Bush und Jimmy Carter. US-Präsident Trump kann seit seinem Amtsantritt auf eine sehr loyale Anhängerschaft setzen. In welchem Ausmaß speziell seine Wähler insbesondere in den Battleground States von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise betroffen sind, kann hier zusätzlich nicht beleuchtet werden. Auch bleibt in diesem Bericht ausgeklammert, ob das Krisenmanagement der US-Regierung republikanische Wähler ins andere Lager treibt oder sogar neue Wählergruppen erschließt. Stattdessen soll beispielhaft das Ausmaß der Krise auf die besonders umkämpften Bundesstaaten projiziert werden.

Dafür gibt es eine ganze Reihe an ökonomischen Indizes. Dieser Beitrag stützt sich auf die Arbeitslosigkeit, weil sie sich natürlich unmittelbar auf jeden Einzelnen auswirkt. Die Zahlen wurden Mitte April veröffentlicht. Dargestellt werden dabei nicht die absoluten Werte, sondern, bezogen auf die einzelnen Bundesstaaten, der prozentuale Anteil der „unemployment claims“ seit Mitte März, also der während der Corona-Krise gestellten Anträge auf finanzielle Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit. Damit ist wohlgerne nicht die Arbeitslosenrate gemeint. Diese liegt landesweit aktuell bei 4,4 Prozent. Auch wenn im vorliegenden Bericht zur Vereinfachung synonym wiederholt von „Arbeitslosigkeit“ oder „arbeitslos Gemeldeten“ die Rede ist, berücksichtigen die „unemployment claims“ stattdessen nur die gestellten Anträge auf finanzielle Unterstützung.

Die Unterscheidung ist wichtig, denn einen Antrag kann auch stellen, wer (noch) nicht arbeitslos gemeldet ist. Wenn hier von „Neuanträgen“ oder „neuen Arbeitslosen“ die Rede ist, meint das Personen, die zum ersten Mal Arbeitslosenunterstützung beantragt haben. Obwohl deutlich höher als die Arbeitslosenrate, gilt die Zahl der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung als wichtiger Frühindikator für den Zustand auf dem Arbeitsmarkt. Anders als die Arbeitslosenrate wird die Statistik zu den Anträgen vom US-Arbeitsministerium deshalb nicht monatlich, sondern wöchentlich veröffentlicht. Die Bezugsgröße für den Anteil an „unemployment claims“ ist hier die Erwerbsbevölkerung des betreffenden Bundesstaates. In *Abbildung 3* ist dieser Anteil als schwarze Balken abgebildet. Dafür gilt auf der vertikalen Achse die innere Skala mit Werten zwischen 0,0 und 25,0.



In Washington D.C. betrug der Anteil der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung an der Erwerbsbevölkerung 13,4 Prozent, in Hawaii 21,7 Prozent etc. Anders ausgedrückt, hat in Hawaii binnen eines Monats mehr als jeder fünfte erwerbsfähige Bürger einen Unterstützungsantrag gestellt. Für alle 50 US-Bundesstaaten plus dem District of Columbia lag der durchschnittliche Anteil bis Mitte April (Datum der Veröffentlichung) bei etwas über 12 Prozent.

In *Abbildung 3* sind die Bundesstaaten auf der horizontalen Achse nicht alphabetisch angeordnet, sondern nach dem dort 2016 entweder von den Republikanern oder den Demokraten jeweils erzielten Stimmenvorsprung. Die betreffenden Werte liegen auf der grünen Linie. Der Bezugspunkt dafür ist auf der vertikalen Achse die äußere Skala mit Werten zwischen 0,0 und 100,0.

Alle Bundesstaaten (inklusive D.C.) im blau gefärbten Teil der Abbildung wurden von den Demokraten gewonnen, alle Staaten im roten Teil von den Republikanern. Zu den demokratischen Staaten zählt auf der linken Seite alles zwischen D.C. und New Hampshire, während ab Michigan alle Staaten auf der rechten Seite mehrheitlich republikanisch gewählt haben. In Washington D.C. – in *Abbildung 3* ganz links – haben die Demokraten 2016 mit 86,4 Prozent ihren größten Stimmenvorsprung erzielen können und in New Hampshire mit 0,4 Prozent den geringsten. Die Republikaner hatten in Michigan mit 0,2 Prozent den geringsten Vorsprung und in Wyoming – ganz rechts – mit 45,8 Prozent den größten. Mit dieser Darstellungsweise können die hier untersuchten zehn Swing States zwischen Maine und North Carolina unmittelbar nebeneinander innerhalb des orangen gestrichelten Rechtecks abgebildet werden.

In der Summe lagen die zehn Battleground States bis Mitte April mit einem Anteil an (neuen) Arbeitslosen von 14 Prozent über dem landesweiten Durchschnitt. Für die vier Staaten mit knapper demokratischer Mehrheit betrug der Durchschnittswert rund 15,5 Prozent. Mit 19,5 Prozent war unter diesen Staaten bis zum Stichtag vor allem Nevada stark betroffen. Hier wirken sich die Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus von Versammlungsverböten über „stay-at-home“-Anweisungen bis hin zur Schließung von Restaurants und Bars natürlich ganz erheblich auf die Casino-Metropole Las Vegas aus. Die sechs Swing States mit knapper republikanischer Mehrheit kamen bis Mitte April in der Summe zwar „nur“ auf einen Arbeitslosenanteil von 13 Prozent. Hier stachen mit 21 Prozent Michigan und mit 19,8 Prozent Pennsylvania aber besonders negativ heraus.

Das bereits mehrfach erwähnte und 2016 nur überaus knapp bei den Demokraten verbliebene Minnesota kam zwar nur auf einen Anteil (neuer) Arbeitsloser von 13,6 Prozent. Das entsprach Mitte April insgesamt 424.762 Anträgen. Aber der Vorsprung an Wählerstimmen, mit dem sich Hillary Clinton 2016 in dem Bundesstaat durchsetzen konnte, betrug nicht einmal 45.000. Umgekehrt konnte Donald Trump damals in Pennsylvania knapp 45.000 Stimmen mehr gewinnen als seine Gegenkandidatin. Die Zahl an Anträgen auf Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit lag in diesem Bundesstaat bis Mitte April bei knapp 1,3 Millionen. In Michigan kam Donald Trump bei der letzten Präsidentschaftswahl auf nicht mehr als 10.704 Stimmen Vorsprung vor Hillary Clinton. Die Zahl der Anträge auf Arbeitslosenunterstützung ist in diesem Staat bis Mitte April ebenfalls sprunghaft auf über eine Million angestiegen.

Im vorliegenden Bericht wird, wie gesagt, nicht mit Kausalitäten, sondern mit Korrelationen gearbeitet. Aber jeder mag sich vorstellen, welcher Aufwand von den Parteien in diesem überaus unvorteilhaften gesamtwirtschaftlichen Umfeld auf der Ebene der für die erforderliche Mehrheit im Wahlleutegremium entscheidenden Bundesstaaten abverlangt wird, um gerade einmal 10.000 bis 50.000 Stimmen zu verteidigen. Damit zur letzten Frage: Ab wann herrscht wieder sowas wie Normalität?

Schwierige Rückkehr zum Alltag

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise markieren ja kein durch Währungsturbulenzen oder Verschuldung ausgelöstes Angebots- oder Nachfrageproblem, sondern gleichen hinsichtlich ihrer Verwerfungen einer Naturkatastrophe, einer desaströsen Überschwemmung oder einem plötzlichen Wirbelsturm: Die Mehrzahl der Menschen kommt einfach nicht mehr vor die Tür und kann deshalb auch nichts konsumieren. Viele Beschäftigte kostet das wiederum den Job. In der Schlange vor dem Supermarkt musste der Verfasser vor einigen Tagen trotz zwei Meter Abstand gezwungenermaßen ein Telefonat mitverfolgen, in dem der andere Kunde mit seinem Gesprächspartner am Mobiltelefon vergnügt bereits ein feuchtfrohliches Wiedersehen genau für den Tag vereinbarte, an dem in Washington D.C. die Bars wieder öffnen. Das trifft im Kern die Problematik. Aber wann kommt dieser Tag?

Zunächst ist wichtig festzustellen, dass die Rückkehr zur Normalität auch für die USA möglichst bald kommen muss. Die Betonung liegt auf „möglichst“; denn natürlich diktiert die Corona-Krise den zeitlichen Ablauf. Gleichzeitig steigt die Zahl der Arbeitslosen aber ungebrochen. Während sich die Zahlen und Erläuterungen zu *Abbildung 3* noch auf die bis Mitte April veröffentlichten Werte gestützt haben, meldete das US-Arbeitsministerium Ende letzter Woche weitere 4,4 Millionen Neuansprüche auf Arbeitslosenunterstützung. Die Gesamtzahl der Ansprüche seit Mitte März hat sich damit landesweit auf rund 26 Millionen erhöht. Auch wenn der Trend an wöchentlichen Neuansmeldungen rückläufig ist, hat die Corona-Krise in nur etwas über einem Monat in den USA damit schon jetzt mehr Jobs zerstört als in den vergangenen gut zehn Jahren seit der globalen Finanzkrise geschaffen wurden. Selbst in den heftigsten Krisenzeiten der vergangenen Jahrzehnte lag der Höchstwert an Neuansmeldungen binnen Wochenfrist niemals über 700.000. Die am 23. April veröffentlichten Zahlen sind gut sechs Mal so schlimm.

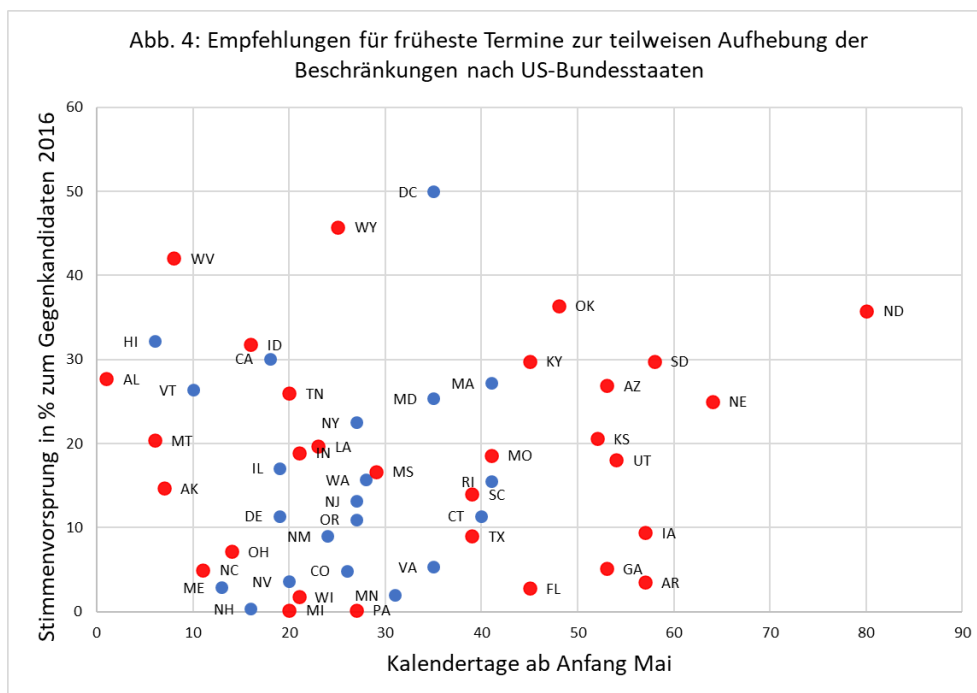
In Pennsylvania ist der Anteil der Unterstützungsanträge an der Erwerbsbevölkerung nach den letzten Zahlen von 19,8 auf jetzt 22,8 Prozent geklettert. Dort standen innerhalb einer Woche 200.000 Antragsteller zusätzlich in der Schlange. In Michigan beträgt die Zunahme im Wochenverlauf 2,8 Prozent. In diesem Bundesstaat wurden bis zum 23. April jetzt insgesamt knapp 1,2 Millionen Ansprüche gestellt. Nevada kommt nunmehr auf einen Anteil von 22 Prozent an (neuen) Anträgen auf finanzielle Unterstützung; ein Plus von 2,5 Prozent binnen einer Woche. Das Urlaubssparadies Hawaii führt die Liste mit inzwischen 25,7 Prozent – also einem Antragsteller pro vier Erwerbsfähigen – weiterhin an. Von unseren zehn Swing States meldet Florida die höchsten Zuwachsraten. Dort stieg die Zahl der Unterstützungsanträge in nur wenigen Tagen um 500.000 auf jetzt über 1,1 Millionen an.

Gleichzeitig verbreitet sich das Virus. Die gute Nachricht dabei ist, dass die wöchentlichen Steigerungsraten (in %) bei den Neuinfektionen seit einigen Tagen in fast allen städtischen Metropolen entweder stabil oder rückläufig sind. In den hier näher untersuchten Swing States liegt die absolute Zahl der Infizierten und Toten jeweils deutlich unter den Werten für New York. Das mag mit Blick auf Staaten wie Maine, Nevada und New Hampshire dank ihrer jeweils deutlich kleineren Bevölkerung nicht weiter überraschen, aber auch Florida gehört zu den heiß umkämpften Bundesstaaten, und dort leben mit 21 Millionen Menschen sogar mehr als in New York. Miami ist überdies ja auch nicht gerade eine Kleinstadt.

Keiner der zehn Bundesstaaten mit überaus knappen Mehrheiten fällt zudem momentan (Stand: 21.4.) unter die Gruppe mit den höchsten Steigerungsraten. Aber Minnesota kommt mit einer 50-prozentigen Steigerung an Infektionsfällen im Vergleich zur Vorwoche bereits auf Platz 12. New Hampshire (+42 %), North Carolina (+41 %), Pennsylvania (+40 %), Arizona (+37 %), Wisconsin (+31 %), Florida (+29 %), Nevada (+26 %), Maine und Michigan (jeweils +25 %) verteilen sich in dieser Reihenfolge dann auf die Liste aller US-Bundesstaaten.

Eine Art „Fahrplan“ für die Rückkehr zur Normalität veröffentlicht das Institute for Health Metrics and Evaluation (IHME) auf seiner Internetseite. Die Daten werden laufend aktualisiert. Bei den genannten Terminen für die einzelnen Bundesstaaten handelt es sich natürlich nur um Empfehlungen. Diese werden unter Berücksichtigung der Infektionszahlen, Todesfälle und der verfügbaren Kapazitäten in den Krankenhäusern aus wissenschaftlicher bzw. medizinischer Sicht ausgesprochen.

In Abbildung 4 sind diese Termine mit Stand vom 23. April abgebildet. Die horizontale Achse bezeichnet in laufender Nummerierung die Tage ab dem 1. Mai. Alle Bundesstaaten, in denen 2016 die Demokraten gewonnen haben, sind als blaue Punkte eingetragen; alle mehrheitlich republikanischen Staaten als rote Punkte. Die Position der jeweiligen Punkte auf der vertikalen Achse entspricht dem prozentualen Stimmenvorsprung bei der letzten Präsidentschaftswahl. Bundesstaaten mit knappen Mehrheiten sind weiter unten verortet; Staaten mit größerem Stimmenvorsprung für die jeweilige Partei weiter oben. Um zu vermeiden, dass zwei oder mehr Punkte übereinander liegen, wurde der tatsächliche Stimmenvorsprung für diese Abbildung in einigen Fällen leicht auf- oder abgerundet. Für eine bessere Darstellbarkeit wurde der Stimmenvorsprung der Demokraten in Washington D.C. hier von den tatsächlichen 86,4 Prozent auf 50 Prozent reduziert.



Alle zehn der in diesem Bericht näher analysierten Swing States liegen nach dieser Darstellungsweise im unteren Bereich der Abbildung. Aus Sicht des IHME wird ab dem 11. Mai zunächst North Carolina (NC) in der Lage sein, einzelne Beschränkungen aufzuheben. Ab dem 13. Mai folgt Maine (ME), am 16. New Hampshire (NH), am 20. Michigan (MI) und Nevada (NV), am Tag danach Wisconsin (WI), Pennsylvania (PA) ist ab dem 27. Mai dran und Minnesota (MN) ab dem 31. Mai. Für Florida (FL) kann das IHME erst ab dem 14. Juni eine schrittweise Rückkehr zur Normalität empfehlen, für Arizona (AR) nach derzeitigem Stand sogar erst ab dem 26. Juni.

Angeichts der vorab beschriebenen rapiden Zunahme der Arbeitslosigkeit in den USA versteht sich von selbst, dass jeder Tag bis zur Aufhebung der Corona-Beschränkungen zählt. Erschwerend kommt hinzu, dass mit den Terminvorschlägen des Instituts ja nicht dafür

geworben wird, „per Knopfdruck“ sämtliche Vorsichtsmaßnahmen auszuschalten. Stattdessen empfiehlt das IHME ab den jeweiligen Zeitpunkten eine schrittweise Überprüfung und Aufhebung der bestehenden Einschränkungen.

Auffällig ist, dass für die Zeit nach dem 11. Juni bis jetzt ausschließlich Bundesstaaten im Fahrplan auftauchen, die 2016 mehrheitlich republikanisch gewählt haben. Von diesen insgesamt 12 „Nachzüglern“ haben sieben (South Dakota, North Dakota, Nebraska, Iowa, Utah, Arkansas sowie Oklahoma) ihrer jeweiligen Bevölkerung keine „stay-at-home“-Anweisung erteilt. Es wird aufschlussreich sein zu verfolgen, wie sich diese Politik beispielsweise in einem Fall wie Iowa (IA) auswirkt. Der Bundesstaat zählt bis jetzt nicht zu den besonders heiß umkämpften politischen Schlachtfeldern und war deshalb auch nicht Gegenstand dieser Analyse. Die Republikaner hatten dort bei der letzten Präsidentschaftswahl einen Stimmenvorsprung von 9,4 Prozent. Der Anteil der Neuanträge auf Arbeitslosenunterstützung an der Erwerbsbevölkerung liegt in Iowa aktuell bei 13,3 Prozent. Was die wöchentliche Steigerung der Corona-Neuinfektionen angeht, firmierte der Bundesstaat mit 86 Prozent zuletzt (Stand: 21.4.) ganz weit oben auf der Liste.

Die bisherigen Erläuterungen helfen vielleicht zu verstehen, *warum* in den USA derzeit *was* geschieht, und vor allem: *wo* das Geschehen aus welchem Grund auf der politischen Landkarte zu verorten ist. Warum beispielsweise der Nominierungsparteitag der Republikaner im August in Charlotte, North Carolina, stattfindet. Warum wiederum der Parteitag der Demokraten nur wenige Tage zuvor im gleichfalls umkämpften Milwaukee, Wisconsin, vorgesehen ist. Warum der Kongress und der US-Präsident den Bundesstaaten jetzt erneut Hilfgelder in Höhe von knapp 500 Milliarden US-Dollar bewilligt haben und es dabei nicht bleiben wird. Warum bereits Anfang letzter Woche nun auch der republikanische Gouverneur von Georgia, Brian Kemp, angekündigt hat, vielen Unternehmen die Wiederaufnahme ihres Betriebs schon jetzt zu erlauben, und nicht erst im Juni, wie vom IHME (Abb. 4) empfohlen. In Georgia – mit einer Ausnahme (Clinton 1992) seit 1984 durchgängig in republikanischer Hand, zuletzt aber nur mit einem Stimmenvorsprung von 5,1 Prozent – haben inzwischen 1,1 Millionen Erwerbsfähige (21,3 %) einen Antrag auf Arbeitslosenunterstützung gestellt. Gleichzeitig beträgt die wöchentliche Steigerungsrate bei den Corona-Neuinfektionen etwas mehr als 40 Prozent (Stand: 21.4.). Auch Donald Trump hält das Vorgehen des Gouverneurs für verfrüht.

Warum sich der US-Präsident andererseits Mitte April bei seinen drei Tweets "BEFREIT MINNESOTA", "BEFREIT MICHIGAN" und "BEFREIT VIRGINIA" ausgerechnet diese drei Bundesstaaten ausgesucht hat und nicht etwa Wyoming, Oklahoma oder North Dakota, letztere jeweils mit komfortablen Mehrheiten bei der Wahl 2016. Warum dann aber selbst unter Republikanern vor allem der Tweet zu Michigan auf Unverständnis stieß, wo doch in diesem Bundesstaat mit Gretchen Whitmer zwar eine Demokratin das Amt der Gouverneurin bekleidet, der Battleground State mit seinen 16 Wahlleuten bei der letzten Präsidentschaftswahl aber nur überaus knapp (+10.704 Stimmen) von den Republikanern geholt werden konnte. Von allen in diesem Bericht näher untersuchten Swing States hat Michigan mit 25 Prozent (Stand: 21.4.) eine vergleichsweise niedrige wöchentliche Steigerungsrate bei den Neuinfektionen. Und wer will schon sicher sein, dass die dort von der Gouverneurin verhängten Beschränkungen zum Schutz der Gesundheit trotz Arbeitslosigkeit nicht auch von einigen republikanischen Wählern goutiert werden?

Natürlich sind allen voran die milliardenschweren Finanzhilfen zur Stützung der Wirtschaft und des Gesundheitssystems nicht als „Wahlkampf“ zu verstehen. Angesichts der Corona-Krise sind Kampagnen im herkömmlichen Sinne gut sechs Monate vor der Präsidentschaftswahl ohnehin undenkbar. Die unterschiedlichen Stimmengewichte im Wahlleutegremium, teils überaus knappe Mehrheiten, beispiellose Zuwachsraten bei den Anträgen auf Arbeitslosenunterstützung und der immense Zeitdruck für eine Rückkehr zur Normalität markieren aber nicht nur den Ort für die politischen Schlachtfelder bis zum Abstimmungstermin im Herbst, sondern auch das Terrain.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Paul Linnarz
Leiter Auslandsbüro USA, Washington D.C.
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de

paul.linnarz@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)